

Bericht LAG Erinnerungsarbeit (LAGE) im Saarland 2022/2023

Frank-Matthias Hofmann, Sprecher

Teil 1

Erinnerungsarbeit und -politik in der „Zeitenwende“

Liebe Mitstreitende in der Erinnerungsarbeit im Saarland!

Von Winston Churchill soll der Satz stammen: Man dürfe Krisen nicht ungenutzt lassen. Krisen böten in der Politik eine Chance, das zu tun, was dringend nötig ist, aber in normalen Zeiten nicht durchsetzbar scheint. Churchills Rezept wird in jeder Krise zitiert, angewandt wird es kaum.

Entreé: Krise als Chance?

Ich nenne zunächst einige Beispiele für Krisen in der Geschichte, bevor ich auf den Begriff der „Zeitenwende“ eingehe, um schließlich danach zu fragen, was dieses gesamtgesellschaftlich entstandene Klima für die Erinnerungsarbeit und -politik in den derzeitigen Krisen bedeutet.

Krise bedeutet vom griechischen Ursprung des Wortes her in eine Entscheidung hineingestellt zu werden, kann medizinisch auch einen kritischen Wendepunkt im Verlauf einer akuten Krankheit bedeuten.

2009 riefen in der *Weltfinanzkrise* Politiker aller Länder nach einer Abkehr vom traditionellen Wachstumsdenken und von finanzgetriebenem Kapitalismus. Aber schon bald wieder hieß es: Ohne Wachstum ist alles nichts. Dass der Club of Rome bereits von begrenzten Ressourcen gesprochen hatte, mit denen sorgsam umzugehen wäre, war da schon wieder vergessen.

2019 gab es eine Katastrophenmeldung nach der anderen. Das EU-Parlament rief den *Klimanotstand* aus. Millionen gingen auf die Straßen. Das deutsche Kabinett verabschiedete ein Klimapakete, das selbst von der Wirtschaft als zu lasch empfunden wurde. Aber die Klimawende blieb aus. Es gab zu viele Widerstände. Als die ZEIT den Soziologen Jens Beckert, den Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung fragte, warum die Menschheit zu langsam auf den Klimawandel reagiere, lautete seine Antwort. „Kapitalistische Märkte haben keinen eingebauten Mechanismus, ökologische Schäden zu berücksichtigen.“ Und demokratisch gewählte Regierungen, so die lakonische Ergänzung des damals neunzigjährigen Helmut Schmidt, würden, wenn sie eine wesentliche Verringerung des Lebensstandards in Kauf nehmen, abgewählt. Deswegen tun sie es nicht. Hier liegt einer der eingeborenen Fehler der Demokratie.“

2020 kam die nächste „Krisenchance“ mit der *Pandemie*. Ein Jahr lang wuchs das Bewusstsein, dass viele Probleme miteinander zusammenhängen: Ein hemmungsloser Globalismus, der eine vernünftige Globalisierung konterkarierte, der Klimawandel, der Abbau der Institutionen der Daseinsvorsorge, der Zustand unserer Schulen und des Pflegesystems - und nicht zuletzt der Zustand unserer Demokratie, Auch die Kirchen sprachen von einer Wende hin zu einer solidarischeren Welt, und viele stimmten ein, dass es ein immer höher, schneller und weiter nicht geben könne. Dass unsere Welt Atempausen brauchte und Pausen im Alltagsleben einzubauen lebensnotwendig wären. Aber spätestens mit dem Impfstoff und dem finanziellen Wumms zur Stabilisierung der Wirtschaft waren wir wieder auf der Schnellstraße des Wachstums und der Beschleunigung. Auch diese Krise wurde nicht als Chance auf ein Ende des „Weiter so“ genutzt. Vorbei die Träume von Beschränkung statt Fortschritt, Maßhalten statt Steigern. Auch wenn es heute wieder ökumenisch basierte

Aktionen zur Subsistenz gibt, also dem sorgsamem Wirtschaften und einer Ethik des Genug, oder dem Parading, einer Annäherung an den Urzustand der Schöpfung, wo Mensch und Natur im Einklang lebten.

Beispiele für „Zeitenwenden“ – dem Begriff den Schrecken nehmen, indem er eingeordnet wird

Und nun 2022 die Zeitenwende, die ausgerufen wurde, ein neues Zeitalter gar. Es geht nicht um eine Wende in der Geschichte, sondern um eine *Wende der Zeit selbst*. Ein Begriff, der zum Wort des Jahres 2022 gewählt wurde, freilich aber der bisher großen historischen Umbrüchen vorbehalten war: Die Geburt Jesu war eine solche, das beweist schon der Kalender. Denn nicht immer richtet sich unsere Jahreszählung nach Christi Geburt. Es war kein Krieg, keine Thronbesteigung und auch sonst keine Machtübernahme, die damals die Welt verändert hat, sondern eine Geburt. Nicht die Macht stand im Mittelpunkt, sondern der Mensch.

Sympathisch sind mir auch die Personen, die den richtigen Zeitpunkt für eine Veränderung ergriffen haben, den Kairos genutzt haben:

In Paris, als Graf Mirabeau gegen die Order zur Auflösung der Versammlung die versammelten Vertreter des Dritten Standes zu einem Sit-In aufforderte, so lange, bis ihre Rechte respektiert wurden - das war das *Signal für die Französische Revolution*.

Oder Rosa Parks, die sich am 1. Dezember 1955 in Montgomery/Alabama weigerte, ihren Bussitz für einen weißen Fahrgast zu räumen - das war der *Beginn der Bürgerrechtsbewegung*.

Oder Willy Brandt, der ohne es geplant zu haben, vor dem Mahnmal der Ghettohelden in Warschau auf die Knie fiel - und so stärkte er die emotionale *Bereitschaft zur Aussöhnung* ehemaliger Kriegsgegner und zur Entspannungspolitik. Der Kniefall vor dem Ehrenmal für die Widerstandskämpfer des jüdischen Ghettos in Warschau am 7. Dezember 1970 markierte den Beginn eines neuen Umgangs der Gesellschaft mit ihrer Gewaltgeschichte: Gedenktage wurden eingerichtet, bewegende Reden gehalten, Mahnmale gebaut, jüdische Friedhöfe rekonstruiert und das erste Jüdische Museum in Frankfurt am Main gegründet.

Das waren auch alles Wendezeiten, in denen alte Vorstellungen zerbrechen mussten und Neues begonnen wurde. In diesen genannten geschichtlichen Beispielen doch zu etwas Besserem - Positivem hin.

Aber wir benutzen auch den Begriff *Zeitenwende*, wenn wir davon sprechen, dass die Erde vom Holozän, in dem eine relativ große Stabilität die Entwicklung menschlicher Zivilisationen ermöglicht hat, ins Anthropozän übergegangen ist, ins Zeitalter des Menschen. Das heißt dass das kollektive menschliche Handeln heute der entscheidende geologische Faktor ist, der tiefgreifende Umwälzungen der biologischen, chemischen und physikalischen Systeme der Erde in Gang gesetzt hat. Folglich müssen sich nun die menschlichen Gesellschaften an stark veränderte Bedingungen anpassen.

Derzeitige Transformationen verlangen auch der Erinnerungsarbeit Positionierungen ab

Und das, liebe Mitstreitende, ist die zentrale politische Herausforderung demokratischer Gesellschaften heute: Den Wandel als wesentliche Weiterentwicklung zu gestalten, und das angesichts steigender Konfliktpotenziale ohne Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit einzubüßen. Man spricht von *Großer Transformation*, hin zu einer Lebensweise und Zivilisation, die innerhalb der planetarischen Grenzen gutes Leben für alle möglich macht.

Diese Zeitenwende verlangt uns vieles ab: Es geht ja nicht nur um eine andere Wirtschafts-, Energie- und Sicherheitspolitik. Auch emotional hat sich viel in der Bevölkerung verändert: Angst und Sorge vor einem Atomkrieg oder gar einem Weltkrieg, Bewältigung des alltäglichen Lebens in und verändert nach der Pandemie angesichts der Inflation und drohender Armut und eines deutlichen Wohlstandsverlustes. Es sind Verlust- und Begrenzungserfahrungen, die Menschen verkraften müssen. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Erinnerungsarbeit, deren Themen dadurch berührt sind.

In dieser Situation sind wie stets in Krisenzeiten Vereinfacher und Verführer unterwegs, auch in unserer Gesellschaft. Angesichts der Komplexität der Probleme und der Unsicherheit, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, aber auch Wohlstand keine Selbstläufer sind, sondern erkämpft, erarbeitet und manchmal auch erstritten werden müssen gegen die *Feinde der offenen Gesellschaft*, ist das eine neue Erfahrung. In seinem Buch „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ formuliert Karl Popper dieses sog. „Toleranzparadoxon“ so: „Wenn wir nicht bereit sind, eine tolerante Gesellschaftsordnung gegen die Angriffe der Intoleranz zu verteidigen, dann werden die Toleranten vernichtet werden und die Toleranz mit ihnen.“ Diese Verteidigungsposition ist derzeit stark gefragt und ***hier sehe ich auch unsere Erinnerungsarbeit in der Pflicht***: Wir in der Erinnerungsarbeit merken diese Entwicklungen ebenfalls deutlich, denn Rechtspopulisten und Rechtsradikale erhalten vermehrt Zulauf, auch aus der Mitte der Gesellschaft, weil vermeintlich einfache Problemlösungen angeboten werden und vor allem wieder werden Sündenböcke gesucht und gefunden werden. In der Pandemie waren es wieder einmal Jüdinnen und Juden, die die Brunnen vergifteten respektive Viren in die Welt gesetzt haben, um zur Weltherrschaft zu gelangen. Stereotype Antisemitismen werden wieder salonfähig, verkleiden sich neu, aber die Wiedergänger-Demagogen stecken in alten Kleidern des Antisemitismus, des Rassismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.

Es gibt den Versuch, eine *Zeitenwende in Bezug auf die Erinnerungsarbeit* herbeizureden, indem alte Vorurteile reaktiviert werden und man bereits wieder ganz ungeniert Nazisprech und Vokabeln aus dem Wörterbuch des Unmenschen verwendet, die wie ein schleichendes Gift in die Alltagssprache einsickern, plötzlich wieder hoffähig gemacht werden und dies, ohne gesellschaftliche Sanktionen oder Ächtung befürchten zu müssen. Soweit haben wir es heute wieder gebracht, wenn eine AfD (=Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Diktatur) in Land- und Bundestag derart agiert, ohne dass ein kollektiver Aufschrei durch die Öffentlichkeit geht. Auf diese Art und Weise möchte man eine *erinnerungspolitische Rolle rückwärts* initiieren, und den öffentlichen Fokus so verschieben, dass es einen Gewöhnungseffekt an ausgrenzende und unmenschliche Auswirkungen in Kauf nehmende Sprache gibt.

Das Beispiel Hubert Aiwanger: Grenzen bewusst verschieben

Und dass das die Freien Wählern auch nicht besser machen, zeigt das Beispiel von Hubert Aiwanger, er postet auf Twitter am 16. August 23: „Hat der Bauer Geld, hat es die ganze Welt. („Wenn es dem Bauer schlecht geht, geht es der ganzen Gesellschaft schlecht“). Sollten sich alle linken Bauernhasser hinter die Ohren schreiben.“ Genau dieser Satz war ein Slogan der „NS-Reichsstelle für Getreide, Futtermittel und sonstige landwirtschaftlichen Erzeugnisse“ und wurde auf Poststempeln im Juli 1933 verwendet. Und das ist noch eher ein harmloses Beispiel für das Recyceln von Naziterminologie, bei der AfD ist es noch schlimmer als bei Aiwanger. Dessen *Umgang mit dem Skandal* um das in seiner Schultasche befindliche Flugblatt – von wem verfasst nun auch immer- mit widerlicher antisemitischer Hetze zeigt, dass wir ein Problem in unsere Gesellschaft haben: Gewiss hat die Süddeutsche Zeitung über diesen Fall berichtet, basierend auf Interviews von Zeitzeugen

und einem Faktencheck der Quelle mit der Ermahnung seiner damaligen Schule. Und man erwartete wohl vonseiten der Redaktion, dass es das im Wahlkampf für Aiwanger gewesen wäre. Vor ein paar Jahren wäre er schneller gegangen worden als er hätte sehen können. Doch genau das Gegenteil ist passiert, diese Art der Argumentation mit einer bewusst herbeigeredeten Täter-Opfer-Umkehr verfährt: In bayrischen Bierzelten setzte ein *Solidarisierungseffekt* ein und bis in die Mitte der Gesellschaft hinein wurde sein Vergehen als Jugendsünde abgetan, das keinerlei Konsequenzen für heute mehr haben dürfe. Und die CSU spielte das Spiel mit, weil man ansonsten ein schlechtes Wahlergebnis erwartet, da viele auch in ihrer Partei sich über die derben Witze und angeblich dem Volk aufs Maul schauenden Reden sympathisierten.

Das Beispiel von Hubert Aiwanger ist nicht nur ein Beispiel eines Politikers, der denkbar schlecht mit einem Skandal umgeht. Es ist auch ein Faustschlag gegen die Erinnerungskultur. Wir wissen es alle und engagieren uns hier im Saarland auch dafür in unseren Mitgliederorganisationen und auch auf Landesebene in der LAG: wir kümmern uns um unsere Gedenkstätten, es gibt zahllose Gedenkreden, im Schulunterricht wird die NS-Zeit behandelt und Jugendliche recherchieren zu Biographien von Menschen, für die Stolpersteine verlegt werden wie jüngst in Püttlingen. Es passiert nach wie vor viel, um an den Nationalsozialismus und dessen Gräueltaten zu erinnern. Trotzdem ist das Geschehen in Bayern eine Anfrage an unsere Arbeit.

Machen wir trotz allen Engagements dennoch zu wenig? Erreichen wir immer nur eine bestimmte schon vorinteressierte Klientel und an die hardcore-Leugner und Erinnerungsverwischer kommen wir nicht heran? Haben wir genügend Bezüge zu sozialen und politischen Konflikten der Gegenwart gezogen, um die Aktualitäten unserer Fragestellungen in der Erinnerungsarbeit zu verdeutlichen? Oder haben wir - ich provoziere jetzt einmal bewusst- zu viel gemacht, so dass manche Themen manchen Leuten zum Hals heraushängen? Darüber würde ich gern mit euch ins Gespräch kommen.

Denn die Debatte um Aiwanger ist ja nur die Spitze eines Eisberges: Hitlergruß und Hakenkreuzschmierereien gibt es an vielen deutschen Schulen. Zuletzt haben Lehrer aus Burg in Brandenburg in einem Brandbrief auf rechtsextreme Vorkommnisse an ihrer Schule aufmerksam gemacht. Vor ihrem öffentlichen Hilferuf wollte niemand wahrhaben, was dort passiert. Das erinnert auch an den Tod von Samuel Yeboah in Saarlouis durch die rechtsradikal motivierte Brandstiftung, erst jüngst hat der derzeitige Bürgermeister von Saarlouis sich bei den Angehörigen der Opfer entschuldigt und eingeräumt, dass es Rechtsextreme waren, die das zu verantworten haben. Vorher waren es eben immer nur einzelne Gruppen, die das Geschehene im Bewusstsein wachhielten wie die Aktion Dritte Welt Saar oder lokale Aktionsgruppen im Saarland. Und noch immer erleben Menschen Antisemitismus und Rassismus in ihrem Alltag. Deshalb ist es gut, dass es die Meldestelle beim Adolf-Bender-Zentrum und einen Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus gibt. Auch ist es gut, dass Opfer rassistischer und antisemitischer Gewalttaten jetzt durch das Saarland mit einem Opferfonds entschädigt werden sollen. Der Landtag berät gegenwärtig ja das entsprechende Gesetz, das unterstützen wir, freilich ist nicht einzusehen, warum das nur für Fälle gelten soll, die weiteres Aufsehen in der Republik erregen, hier ist es dringend nötig, nachzubessern und alle Gewaltopfer gleichzustellen, eine Rangordnung darf es hier schlichtweg nicht geben. Zu erinnern ist auch an die feigen Anschläge in Halle und Hanau. Gerne klopfen sich Kultur und Politik in Deutschland auf die Schulter und loben die Kultur des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Aber all dies hat nicht verhindert, dass die AfD zweistellige Ergebnisse einfährt. Und es verhindert auch nicht, dass immer mehr Politiker rechtspopulistische Sprüche vor sich hertragen und sie damit gesellschaftsfähig machen, ohne dass dies geächtet und sanktioniert werden würde. Der Rechtspopulismus war und ist schon immer in gewisser Weise bis in die

bürgerliche Mitte hinein verankert gewesen - und nun wird dies erneut auf eine besonders erschreckende Weise deutlich.

Führen die Transformationsprozesse zum „Ende der Zuversicht“?

Wir müssen leider feststellen, dass in der sog. Zeitenwende die Mitte der Gesellschaft empfänglicher wird für extremistische und demokratiefeindliche Einstellungen. Viele verlieren das Vertrauen in die politischen Institutionen. Populismus und völkische Positionen sind auf dem Vormarsch, wie die jüngst erschienene Studie „Die distanzierte Mitte“ der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt. Gewiss sie sind eine Minderheit aber es gibt sie: manche mit einem gefestigten rechtsextremen Weltbild, manche wünschen sich sogar einen Diktator für Deutschland mit einer einzigen Partei, der mit starker Hand die Dinge richtet.

Was uns in der Erinnerungs- und politischen Bildungsarbeit aber beunruhigen muss, ist die Tatsache des Trends, dass diese Minderheit größer wird und ihr immer öfter auch Menschen angehören, die sich nach eigener Einschätzung politisch in der Mitte verorten. Aktuell antworten etwa acht Prozent der Erwachsenen in Deutschland bei Fragen zu Ausländern, zu den Werten der Demokratie oder zum Umgang mit Jüdinnen und Juden eindeutig rechtsextrem. Der Anteil dieser Menschen ist gegenüber dem Niveau der Vorjahre, das bei 2 bis 3 Prozent lag, erheblich gestiegen. Bei allen Indikatoren, mit denen die Forscher rechtsextreme Einstellungen feststellten, werden Anstiege vor dem Hintergrund unterschiedlicher Krisen und Konflikte verzeichnet. Das kann man aus der beigefügten Tabelle eindeutig entnehmen, wo es ja um die Themenbereiche Nationalchauvinismus, Fremdenfeindlichkeit Antisemitismus, Befürwortung Diktatur, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus und ein insgesamt rechtsextremes Weltbild geht. Für komplexe Fragen werden also vermehrt einfache und autoritäre Lösungen gefordert.

Ich lasse jetzt einmal weitere Ergebnisse beiseite und konzentriere mich auf Einstellungen, die unsere Themen unmittelbar tangieren: Die Herabwürdigung von Minderheiten ist verbreitet: Ein Drittel der Befragten meint, Geflüchtete kommen nur nach Deutschland, um das Sozialsystem auszunutzen. Über 16 Prozent unterstellen jüdischen Menschen, heute ein Vorteil aus der Vergangenheit des NS-Regimes ziehen zu wollen. Befragt wurden Menschen zwischen 18 und 94 Jahren. Es wurden 1047 Frauen und 972 Männer befragt.

Transformation auch sozial und gesellschaftspolitisch denken

Diesen erinnerungspolitischen Wendeversuchen müssen wir uns unbedingt entgegenstellen. Derartige Verwendungen von Sprache aus dem Wörterbuch des Unmenschen dürfen wir denen, die sie anwenden, nicht durchgehen lassen. Wir brauchen angesichts dieser Entwicklungen in unserer Gesellschaft eine Transformation zur Menschlichkeit, zur Rechtsstaatlichkeit und zu demokratischen Grundwerten. Noch können wir mit einer Mehrheit in unserer Gesellschaft für unsere Positionen rechnen, diese müssen wir nicht nur zu erhalten versuchen, sondern sie verbreitern durch beharrliche Aufklärungsarbeit, Erinnerungsarbeit und politische Bildung, also ein deutlich wahrnehmbares und auch streitbares Einbringen in diesen Diskurs alles dessen, was wir uns zurecht auf die Fahnen geschrieben haben. Eine Rolle rückwärts in der Zeitenwende in reaktionäre, wieder gesellschaftsfähig gemachte Anschauungen und Haltungen darf es nicht geben. Wir brauchen eine Wende hin zu einem Mehr an Menschlichkeit, Humanität, mehr Zeit für die Eröffnung eines demokratischen Diskurses und eine wieder streitbarere Erinnerungsarbeit, die auf Fehlentwicklungen deutlich hinweist, auf politische Prozesse nach wie vor Einfluss zu nehmen versucht. Wir brauchen nicht weniger als eine Große Transformation im gesellschaftlichen Klima und müssen Transformationsfonds nicht nur ökonomisch und

ökologisch denken, sondern auch sozial und gesellschaftspolitisch. Wir stehen in der Erinnerungsarbeit dafür ein, dass sie auch einen maßgeblichen Beitrag zu einem historisch-kritischen Umgang mit der deutschen Geschichte und zu einer starken Haltung gegen Rechtspopulisten im Saarland beiträgt.

Wenn manche rechtsextrem gesinnte Leute zu heiß gebadet wurden, stehen wir mit der kalten Dusche der Erinnerungsarbeit bereit.

Teil 2

Schwerpunkte der Arbeit der LAGE

Seit unserer letzten MV am 20.10.2022 im Ludwigsgymnasium hat der *Sprecher_innenrat* sich schnell konstituiert in der neuen Zusammensetzung. In Bezug auf den Sprecher und seine beiden Stellvertretenden blieb alles beim Alten. Ich bin froh, dass wir uns im Dreierteam, Frau Geith, Herr Didas und ich, regelmäßig treffen können, um die Sprecher_innenratssitzung inhaltlich vorzubereiten, damit die Tagesordnungspunkte kompakt zusammengestellt werden können und dann auch entschieden werden kann, wenn die Themen diskutiert wurden. Der Sprecher_innenrat hat viermal getagt und wählt dabei immer Treffpunkte aus, wo unsere Mitglieder aktiv sind. So wird bei jeder Sitzung der Themenschwerpunkt des jeweiligen Ortes vorgestellt und man kann sich in dieser Runde damit auseinandersetzen.

Bei den *Protokollen* der Sprecher_innenratssitzung, die Dr. Hirsch in bewährter Manier übernommen hat und die auf der Homepage veröffentlicht wurden, wofür ich ihm ausdrücklich danke, mussten wir aus datenschutzrechtlichen Gründen von einer Veröffentlichung künftig absehen, nachdem dies uns von der LpB nahegelegt wurde. Das eine ist die wünschenswerte Transparenz, die noch vom Runden Tisch in der Anfangszeit der LAGE herrührte - das andere eben der Datenschutz, da wir auch in den Sitzungen über Dritte sprechen, z.B. im Rahmen von Mitgliedsanträgen oder Kooperationsanfragen. Wir haben das Problem so gelöst, dass Herr Poehler bereit ist, in den jeweiligen Newslettern nach den Sprecher_innenratssitzungen die wichtigsten Punkte aus den Sitzungen darzulegen, so dass die Transparenz dessen, was wir tun, dennoch auch weiterhin gewährt ist. Wir bitten Sie, dies mitzutragen, danke.

Die AG Jugendgerechte Vermittlung wurde durch den Weggang von Hannah Meuler eingestellt, die *AG Schule und Erinnerungsarbeit* wird von Herrn Dr. Jellonnek weitergeführt. Er wird ja nachher selbst berichten. Herr Poehler hat sich bereiterklärt, für die ausgeschiedene Frau Meuler den Newsletter gemeinsam mit Frau Geith zu betreuen, was sehr gut klappt. Dafür, dass das ein reibungsloser Übergang war, danke ich den beiden herzlich. Der **Newsletter**, der dreimal jährlich erscheint, und 65 Abonnenten hat, ist nach wie vor neben dem Internet eines der Herzstücke unserer Arbeit, weil dort immer aktuell berichtet wird über Aktivitäten, die in unserer LAGE getätigt werden. Die uns betreuende Firma hat sich von „Sendinblue“ in „Brevo“ umbenannt. Aber alle BezieherInnen des Newsletter hatten ja der Transferierung ihrer Emailadressen vom Server des Landes auf den Server von Seninblue zugestimmt. Gegenüber der letzte MV kann positiv berichtet werden, dass die Eintragungen der Termine mittlerweile gut klappen. Bei den zurückliegenden vier Ausgaben haben maximal 74,51 Prozent aller Abonnenten (inkl. Landeszentrale) den Newsletter geöffnet. Was die Nutzung der Links betrifft, haben 32 Prozent der Abonnenten bei einer der bisher versandten Newsletter-Ausgaben einen Link geöffnet.

Auch das **Internet** wird aktuell gehalten und ich danke Frau Dr. Graf dafür, dass sie sich darum intensiv und gut kümmert. Danke auch all denen, die Beiträge zum Newsletter oder für die Nachrichtern auf unserer Seite einstellen oder auch auf Termine hinweisen. Richtig gut ist es, dass aufgrund des Engagements eines Teams um Frau Dr. Graf, Herrn Dr. Jellonnek, Fabian Müller vom Adolf-Bender-Zentrum, Frau Dr. Kell und auch anderer Akteure unserer diesbezüglichen AG es möglich geworden ist, unsere LAGE-Website zu ergänzen um außerschulische Lern- und Erinnerungsorte. Dazu kommen inhaltliche sowie praktische Hinweise, darum beneiden uns anderer LAGs. So wird vor allem LehrerInnen Zugang und Organisation erleichtert, sich mit jungen Menschen dort hinzubegeben, nicht zuletzt wegen der didaktischen Handreichungen, aber auch den Hilfen bei der praktischen Umsetzung von Projekttagen. Die BesucherInnenstatistik zeigt, dass im Schnitt 100–150mal

in der Woche die Seite besucht wird. Bei Gedenktagen sind es deutlich mehr, da kommen noch einmal doppelt so viele dazu. Alles in allem sind überall grüne Zahlen zu stehen, was Downloads und Verweildauer und die Aktionen (sich auf der Seite umsehen) bei den Besuchen angeht. Zusammengefasst: Es sieht gut aus. Die Seite kommt an, aber da sollte man Ehrgeiz haben, noch mehr zu erreichen. Dabei ist zu beachten, dass die Seite sich mit Themen beschäftigt, die nicht-kommerziell sind und einen bestimmten Kreis von InteressentInnen ansprechen.

Weiteres siehe unter Finanzen.

Ohne Internet geht es heutzutage nicht mehr. Dennoch soll die Handreichung in etwas konzentrierterer Form auch noch „analog“ 2024 erscheinen, nach wie vor haben manche gerne einen Flyer oder etwas Schriftliches in der Hand, um sich zu informieren.

Wir haben auch darüber nachgedacht, ob eine Facebookseite sinnvoll sei, haben uns aber vorerst dagegen entschieden, weil auch das arbeitsintensiv ist, wen man es richtig machen will. Unsere Kräfte sind aber für uns alle Ehrenamtlichen begrenzt.

Dennoch war ich gern *präsent bei vielen Veranstaltungen* Dritter, etwa beim Themenabend der AG Homosexualitäten im Rathaus in Saarbrücken, mit einem Grußwort bei der Veranstaltung der Arbeitskammer im Rechtsschutzsaal Bildstock mit dem Historiker Igal Avidan, bei der Einweihung einer Gedenkstele für jüdische Ärztinnen und Ärzte im Haus der Ärzte in Saarbrücken, bei der Eröffnung der Ausstellung „1700 Jahre Judentum in Deutschland“ in der Ludwigskirche, der Ausstellungseröffnung „Macht und Ohnmacht“ von Seji Kimoto im Landtag oder bei der Buchvorstellung über Fremdarbeiter bei der Firma Karcher in Beckingen, heute Nedschroef. Ein schriftliches Grußwort habe ich für das Jubiläum der VVN-Saar verfasst.

Bewähren sollte sich die Verlängerung einer Legislatur auf drei Jahre, damit bei den Mitgliederversammlungen mehr inhaltliche Themen zur Diskussion gestellt werden können. So sind wir auch dieses Jahr von sonst notwendigen formalen Erfordernissen entlastet und können uns auf inhaltliche Punkte konzentrieren, was wir mit dem im Mittelpunkt stehenden Jahresthema Zwangsarbeit ja auch tun. Den Weg unserer rheinland-pfälzischen Schwesterorganisation, einen eigenen Verein zu gründen, wollen wir nicht gehen. Dann hätte man ebenfalls mit vielen organisatorischen Fragen zu tun und der bisherige Weg dort zeigt ja auch, dass auch das nicht ganz unproblematisch sein kann. Auch die Praxis der Pfälzer, für die Mitglieder einen eigenen Thementag anzubieten, zusätzlich zur MV, wollen wir derzeit nicht gehen, da dies einen weiteren Aufwand für uns bedeuten würde. Manchmal ist eine Beschränkung auf die wesentlichen Herausforderungen und Themen unserer Meinung nach besser als sich um zu viele Dinge kümmern zu wollen, und dann möglicherweise darin zu ertrinken oder den eigenen hoch gesetzten Erwartungen letztlich doch nicht ganz entsprechen zu können. (Die anwesenden Pfälzer können mir aber auch gern widersprechen, es ist ja unsere Außensicht auf euch, die gerne durch eure Binnensicht ergänzt werden kann). Wir wollen ja auch nicht unsren Mitgliedsorganisationen Konkurrenz machen und verlassen uns darauf, dass dort Themen bearbeitet werden oder evtl. auch einmal Kooperationen mit uns gesucht werden, wenn es zu unserem Jahresthema passt.

Finanzen

Aus der ausgeteilten Aufstellung, die Herr Dr. Harms-Immand gemacht hat, ersehen Sie, wofür wir Geld ausgeben. Noch nicht mit einberechnet sind die Kosten Teilnahme Gedenkstättenkonferenz in Sandbostel durch Herrn Dr. Jellonnek und die Kosten für diese MV. Wir sind am überlegen, ob künftig die jeweilige Geschäftsstelle für ihren doch immensen Geschäftsaufwand nicht eine jährliche Pauschale von 300 Euro erhalten soll, diese

Überlegungen sind aber noch nicht abgeschlossen. Viel Geld kosten uns die benötigten Updates der Homepage, da es seit mehreren Jahren eine landesjugendinterne Regelung gibt, wonach anstehende *TYPO3-Updates* für den Landesjugendserver, auf dem sich unsere LAGE-Seite befindet, so lange von Jahr zu Jahr aufgeschoben werden, bis der Landesjugendring über entsprechende finanzielle Ressourcen verfügt, um die Updates finanzieren zu können. Darüber waren wir bis dato nicht informiert, sonst hätten wir dies ja in unseren Haushaltsplanungen berücksichtigen können. Wir haben nun, da mehrere Updates aufgelaufen sind, uns mit der LpB darauf verständigt, dass wir one4vision die anstehenden Updates in zwei Stufen machen lassen: 2023 und 2024 für je 2.800 Euro, wovon dankenswerterweise die LpB als offizieller Diensteanbieter unserer LAGE-Internetseite je 1.000 Euro übernimmt, so dass das für uns darstellbar ist. Herrn Dr. Harms-Immand danken wir, dass er hierbei mithilft, das finanziell zu stemmen. Wir sind bemüht, künftig derartige Dinge im Vorfeld zu vermeiden, damit nicht noch einmal eine solch große Summe aufläuft wie jetzt. Anfangs hat das mir schon Schweißperlen auf die Stirn getrieben.

Jahresthemen: Zwangsarbeit 2023 und Provenienzforschung 2024

Das diesjährige *Jahresthema Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter* haben wir zu Beginn des Jahres im Sprecher_innenrat beraten. Dabei habe ich in das Thema eingeführt und bin auf die Definition und Rahmendaten sowie die historische Situation in der Saarregion eingegangen. Das Zwangsarbeitersystem reiht sich in das NS-Terrorregime ein und spiegelt die menschenverachtende Ideologie wider. Auch bei der Zwangsarbeit hat es eine schwierige Aufarbeitung der Geschichte gegeben, die von Verdrängung und Leugnung geprägt ist. Bei der Frage der Entschädigungen nach dem Zweiten Weltkrieg hat es oftmals eine Wiederholung der Demütigung gegeben. In vielem ist man heute weiter, aber nach wie vor gibt es je auch ungelöste und unbearbeitete Bereiche. Ich selbst habe dazu ja einen Aufsatz in „Protestanten ohne Protest. Die Evangelische Kirche der Pfalz in der NS-Zeit“ verfasst, wo ich auf Zwangsarbeit bei Kirche und Diakonie eingegangen bin, auch erstmals für die Pfalz die Situation in Kirchgemeinden beleuchtet habe, wo es Licht und Schatten beim Umgang mit den Zwangsarbeitenden gegeben hat.

Unsere Exkursion ins Weltkulturerbe mit dem Rundgang durch Herrn Dr. Beil am 6.Juli d.J. war sehr informativ und hat auch gezeigt, dass der derzeitige Leiter des Erbes sehr am Thema dran ist, und vielfältige Vernetzungen im Erbe und auch im Umgang mit dessen Historie aufzeigen kann. Dankbar bin ich, dass heute Frau Dr. Plettenberg bereit ist, zu uns zu diesem Thema zu sprechen. Sie ist zweifelsohne die absolute Expertin bei diesem Thema, wir dürfen uns freuen, dass Sie heute da sind, liebe Frau Dr. Plettenberg.

Da wir unsere Arbeit stets auch als politische Bildung verstehen, haben wir im Vorfeld auch überlegt, die Aktualisierungen in diesem Bereich in einer Diskussion zu leisten: Angedacht war ein Zeitzeuge des evangelischen Arbeitskreises Ukraine-Pfalz, der für die Zeit nach 1945 hätte erzählen können, wie er es erlebt hat, dass nach dem Zweiten Weltkrieg viele Zwangsarbeitende in der Pfalz auf den AK zukamen, um zu helfen, Beweise zu finden, dass sie Zwangsarbeiter waren, um bescheidene Renten in ihrem eigenen Land zu erhalten. Das war zeitweise sehr schwierig, aber der Arbeitskreis Ukraine-Pfalz hat diese Arbeit über Jahrzehnte hin geleistet und lädt bis zum heutigen Tage Kinder und EnkelInnen von Zwangsarbeitenden in die Pfalz ein, um ihnen bei ihren Studien und Praktika zu helfen, um im Land des einstigen „Feindes“ bessere Erfahrungen zu machen als ihre Großeltern. Und auch heute noch gibt es Zwangsarbeit, dazu wollten wir ebenfalls eine Expertin einladen, die die heutigen Formen mit uns bespricht. Leider haben beide in Frage kommenden Referenten abgesagt, so dass wir diese aktualisierenden Fortschreibungen des Themas nicht diskutieren können. Mir persönlich ist es aber wichtig, dass wir bei allen Themen auch stets die Zeit nach 1945 im Auge behalten, wie es mit den Opfergruppen weitergegangen ist und wo wir

heute bei den Themen stehen. Aber aus Zeitgründen ist es vielleicht ja auch gut, dass wir uns heute beschränken.

Im kommenden Jahr 2024 haben wir uns als Jahresthema die „Provenienzforschung“ ausgesucht. Die *Provenienzforschung* oder *Herkunftsforschung* widmet sich der Geschichte der Herkunft (Provenienz) von Kunstwerken und Kulturgütern. Sie wird als Teildisziplin der Geschichte beziehungsweise Kunstgeschichte verstanden. Idealerweise sind bei einem Exponat alle früheren Besitzverhältnisse (*Provenienzen*) bekannt. Besondere Herausforderungen bestehen zum Beispiel in Deutschland durch Kunstraub während der NS-Zeit und bei der sogenannten Beutekunst bzw. Raubkunst. Darüber hinaus hat vor allem der Bericht über die Restitution afrikanischer Kulturgüter seit 2018 zu intensiven Diskussionen und neuen Forschungen zur Provenienz solcher Kulturgüter aus Kontexten europäischer Kolonisation in Afrika geführt, Stichwort zuletzt Beninbronzen.

Die Provenienzforschung in den öffentlichen Museen und Sammlungen gewann 1998 mit der Unterzeichnung der Washingtoner Erklärung durch 44 Staaten an enormer Bedeutung. Die Unterzeichnerstaaten, auch Deutschland, haben sich unter anderem verpflichtet, Kunstwerke, die während der Zeit des Nationalsozialismus beschlagnahmt wurden, in ihren Beständen ausfindig zu machen, deren rechtmäßige Eigentümer zu suchen und faire und gerechte Lösungen zu finden. Die den meist jüdischen Opfern zwischen 1933 und 1945 entzogenen und geraubten Kunstwerke gingen vielfach in den Besitz von öffentlichen und privaten Sammlungen über. In der Nachkriegszeit fanden nur unzureichende Rückgaben statt, so dass sich auch heute noch mehrere tausend Kunstwerke aus ursprünglich jüdischem Eigentum, oft unerkannt, in den Museen befinden. Mit der Verpflichtung, diese ungeklärten Provenienzen aufzudecken, wurde die Erforschung der Geschichte und Herkunft eines Kunstwerks zum arbeitsintensiven zentralen Forschungsfeld der Museumsarbeit, denn alle Kunstwerke, die vor 1945 entstanden sind und nach 1933 angekauft oder übernommen wurden, können theoretisch aus Raubkunstbeständen stammen.

Ich bin froh, dass wir mit Frau Geith eine diesbezügliche Expertin unter uns haben und erste Verabredungen mit dem Saarlandmuseum, das diese Forschung vorbildlich betreibt, stattgefunden haben. Dorthin wird wohl 2024 eine Exkursion für unsere Mitglieder stattfinden.

Gedenkstätte Gestapo-Lager Neue Bremm

Aktiv bringt sich die LAGE auch ein in die Arbeit der Initiative Neue Bremm, die von Dr. Bohr und Dr. Jellonnek maßgeblich geleitet wird. Auch auf unsere Initiative hin soll es eine Art „Bildungspavillon“ an der Gedenkstätte geben, damit sich Interessierte dort aufhalten und informieren, das Erlebte und Erfahrene auf der Gedenkstätte weiter vertiefen können. Es soll ein Raum für Gruppen geben, die thematisch arbeiten, Sanitär- und Abstellräume und ein Foyer/Entree geben, das möglichst tagsüber personalisiert ist, um ansprechbar zu sein für Gedenkstättenbesucher. Ein erster Entwurf für ein Gebäude liegt vor, es sollen aber weitere Planungen und Beratungen darüber geben, denn das alles muss finanziert und personalisiert und Folgekosten beachtet werden.

Es gibt drei AGs, die die Arbeit strukturierter vorantreiben sollen.

In der *AG Wissenschaft* sollen vor allem weiter wissenschaftliche Erkenntnisse aufgrund von Quellenarbeit erhoben und zusammengetragen und verarbeitet werden. Dabei geht es vor allem um eine Häftlings-Datenbank, die für Männer- und Frauenlager erstellt werden soll.

In der *AG Vermittlung* geht es darum, wie die Themen vor allem jungen Menschen und Jugendlichen ohne wie bisher mit Zeitzeugen vermittelt werden können, so dass auch eine Relevanz für heutige demokratiepolitische Fragestellungen einsehbar ist und mit der Lebenswelt Jugendlicher zusammengebracht werden kann. In der dritten *AG Bushaltestelle*, an der auch ich teilnehme, geht es darum, in Kooperation mit den Stadtwerken und der Firma „The Wall“, die die Bushaltestellen wartet und auch durch Werbung finanziert, Lösungen für eine inhaltliche Ausrichtung zu finden. Die Haltestelle soll so umbenannt werden, dass der historische Ort deutlich benannt wird, auf dem sie steht, im Häuschen wird eine Seitenwand für historische Information kostenfrei zur Verfügung gestellt, wie die Firma The Wall das bereits in Berlin getan hat. Ob man eine Endhaltestelle nach dem Gestapolager benennen könnte, wäre wünschenswert.

Wir bringen uns hier gerne ein und haben unsererseits neben der LpB und der Initiative Vorschläge für ein Raumprogramm für den Pavillon gemacht. Wichtig ist und von unserer LAGE her, dass in dem entsprechenden Foyer genug Platz ist für Internetrecherche, etwa an der Häftlingsdatenbank, dass auf andere Gedenkstätten und -initiativen im Saarland hingewiesen werden kann, dass die Angebote vernetzt werden und für die Gedenkstätte zusätzliche Mittel von Stadt, Land und Bund generiert werden, die nicht auf Kosten der bisherigen Finanzhilfen des Landes für unsere Mitgliedsorganisationen gehen dürfen. Ich bin der Meinung, dass Stadt und Land hier ihre Aufgaben vernachlässigen und ihrer Verantwortung vor dem dunklen Hintergrund der Saargeschichte nicht genügend nachkommen und stärker in die Haftung genommen werden müssen als bisher.

Bei unserer Exkursion des Sprecher_innenrates nach Hinzert und dem Treffen mit der pfälzischen Schwesterorganisation haben wir gesehen, dass es auch architektonisch ansprechende Lösungen für ein würdiges Gedenken anhand von Gebäudebau geben kann. Denn die Architektur „predigt“ immer mit und muss sich in die übrige Form/das Setting der Gedenkstätte einfügen und darf nicht abständig oder gar billig wirken. Hier sollten wir groß denken und nicht schon von vorneherein mit der Schere im Kopf herumlaufen und in vorauslaufendem vermeintlichem Gehorsam zu wenig fordern, weil Stadt und Land immer auf ihre Finanzen hinweisen. Man sollte beide bei ihrer Ehre und historischen und aktuellen gesellschafts- und erinnerungspolitischen Verantwortung für die würdige weitere Ausgestaltung dieses historischen Ortes der historischen Ungerechtigkeit packen.

Und so sehr ich auch das große Engagement aller bisherigen Akteure wertschätze.- ohne sie gäbe es das alle dort oben gar nicht - so sehr kann man etwa von Hinzert lernen, wie es auch gehen kann, und Rheinland-Pfalz ist auch nicht gerade auf Rosen gebettet! Dort gibt es einen Förderverein, der mit vielen Mitgliedern auch Gelder generiert und Veranstaltungen promotet, und das Land als Hauptakteur steuert Geld und Personal bei. Beide sind Hand in Hand verantwortlich für die inhaltlichen und strukturellen Dinge, die dort geschehen. Dass dies nicht ohne eine angemessene Personalisierung geht, ist klar. Ich meine aber, dass man von Hinzert lernen kann, wie es auch gehen kann, da sind Strukturen und Verantwortlichkeiten klarer geregelt. Verantwortungsbewusst nimmt das Land auch ordentlich Geld in die Hand, um ein würdiges Gedenken zu ermöglichen und schafft Voraussetzungen, von denen wir bisher im Saarland nur träumen können.

Hier dürfen wir nicht nachlassen, und notfalls muss man entgegen der üblichen saarländischen leisetreterischen Geheimdiplomatie auch einmal öffentlichkeitswirksam Verantwortlichen auf die Füße treten. Denn so, wie es derzeit ist, sollte es nicht bleiben. Stadt und Land müssen viel stärker als bisher an ihre Verantwortung erinnert werden und mehr als bisher tun, um diesen zentralen Gedenkort zu stärken und auszubauen. Ich bin jedenfalls wild entschlossen da nicht nachzulassen - nach Möglichkeit mit allen, die guten Willens in dieser Frage sind.

Regionale und bundesweite Vernetzung

Regionale Vernetzung

Am Samstag, den 23. September 2023, fand von 10.00 – 17.00 Uhr das Treffen der beiden Sprecher_innenräte RLP und SL in der Gedenkstätte SS-Sonderlager/KZ Hinzert statt.

Jörn Didas stellte unsere LAGE vor, Herren Mertes und Dr. Ratter die LAG Rheinland-Pfalz. Dr. Hirsch protokollierte dazu folgendes:

„Die LAG RLP besteht bereits seit 2001 und wies zuletzt rund 90 Mitglieder auf. Die LAG RLP hat sich zwischenzeitlich dazu entschlossen, sich mit der Gründung eines eingetragenen Vereines mit dem Namen „Erinnern und Gedenken in Rheinland-Pfalz“ zu institutionalisieren. Im Vorfeld gab es deswegen auch Streitigkeiten, insbesondere um die konkrete Ausgestaltung der Satzung im Hinblick auf die Zuständigkeiten und Befugnisse von einzelnen Mitgliedern. Die Vereinsgründung ist soweit durch eine Gründungsversammlung beschlossen, der letztendliche Eintrag im Vereinsregister steht noch aus, ebenso die Anerkennung der Gemeinnützigkeit. Diese und die Schaffung fester Strukturen durch die Schaffung einer eigenen Rechtsperson waren die Hauptmotive für diesen Schritt. So erhofft man sich u.a. Vorteile bei dem Sprecher_innenrat und der personellen Ausstattung. Strukturell wurden die drei Hauptgeschäftsbereiche Strukturen, Kommunikation und Inhalt geschaffen, die je wieder mit vier Mitgliedern des Sprecher_innenrats besetzt werden. In der jüngeren Vergangenheit ist es gelungen, das Budget auf 15.000 Euro zu erhöhen, was Spielräume eröffnet und Gelegenheit zur Förderung von LAG-Mitgliedern ermöglicht. In Rheinland-Pfalz wird neben der Mitgliederversammlung jedes Jahr ein Infotag unter Federführung der Landeszentrale für politische Bildung veranstaltet. Eine dringend anstehende Aufgabe ist die Schaffung einer Homepage....

In der Diskussion wurden angeregt Projekte und Problemstellungen angesprochen. So wurde moniert, dass Informationen über Veranstaltungen in der bestehenden Presselandschaft oftmals an der Landesgrenze hängen bleiben. Hier sollten die LAGen durch eine bessere Kommunikation Abhilfe schaffen und die Vernetzung vorantreiben. Eine konkrete Zusammenarbeit kann sich bei der Weiterentwicklung der Gedenkstätte Hinzert ergeben, wenn es etwa um Forschungen zum Außenlagersystem geht.

In der Schlussrunde begrüßen die Anwesenden die gemeinsame Tagung sehr und sehen darin eine Möglichkeit, Synergieeffekte zu erzielen und gemeinsame Projekte auf den Weg zu bringen. Nicht zuletzt kann man aber mindestens von den Erfahrungen bei der Erinnerungsarbeit gegenseitig lernen. Eine Neuauflage dieses Treffens soll in Zukunft wiederholt werden.“

Bundesweite Vernetzung

Der Verband der Gedenkstätten tagte zweimal in diesem Jahr mit allen Mitgliedern, erstmals am 5.5.23 in Berlin. Daran nahm Herr Dr. Hirsch teil. Wichtige Tagesordnungspunkte betrafen die Kontaktaufnahme des Vorstandes mit den zuständigen Referenten im Kulturstaatsministerium sowie mit Bundestagsabgeordneten, die mit der Gedenkstättenarbeit befasst sind.

Das Projekt „Jugend erinnert“ wird fortgeführt, es ist bislang allerdings noch keine Ausschreibung erfolgt. - Julana Bredtmann () stellte sich als neue Leiterin des Gedenkstättenreferats vor, ebenso das „Netzwerk der Erinnerungsorte zur NS-Zwangsarbeit in Deutschland“ als neue Gruppierung im Gedenkstättenverband. - Intensiv wurde eine Satzungsänderung diskutiert. Künftig sollen Einzelmitgliedschaften möglich sein. Um ein

Gleichgewicht im Verband zu gewährleisten, muss die Satzung daher angepasst werden. Es wurden verschiedene Ansätze lebhaft diskutiert, der Vorstand wird darauf aufbauend konkrete Vorschläge erarbeiten. – Eine Stellungnahme des VGDF mit Vorschlägen zur Novellierung der Bundesgedenkstättenkonzeption blieb noch unbeantwortet. - Bei weitergehendem Interesse kann das Protokoll dieser Sitzung zugesandt werden.

Die zweite MV des Vereins „Verband der Gedenkstätten in Deutschland - Forum der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen, Arbeitsgemeinschaften und Dokumentationszentren e.V.“(VGDF), dem wir angehören, fand im Rahmen der bundesweiten Gedenkstättenkonferenz in Sandbostel statt, bei der uns Dr. Jellonnek vertreten hat. Es wurden dort noch einmal Kriterien der Mitgliedschaft im Verband besprochen. Über die Satzungsänderung soll im Frühjahr 2024 entschieden werden. Ein Protokoll liegt mir noch nicht vor. Herr Dr. Jellonnek wird aber etwas für den Newsletter dazu schreiben. Wenn Sie also Fragen zur bundesweiten Vernetzung haben, wenden Sie sich bitte an die Herren und Jellonnek, da ich dieses Jahr aus dienstlichen Gründen verhindert war, an diesen Sitzungen teilzunehmen. Es ist aber ganz egal, wer von uns hinfährt, ich weiß, dass wir mit allen dort unsere Stimme von der Saar einbringen und die anderen dafür dankbar sind und uns auch hören.

Es bleibt mir, am Schluss meines Rechenschaftsberichtes nochmals allen denen zu danken, die sich in die Arbeit der LAGE einbringen, den Mitgliedern des Sprecher_innenrats, den Mitarbeitenden der LpB und allen Mitgliedern, die unsere Sache am Leben halten und in diesen rauen Zeiten nicht die Segel streichen, sondern ihr Segel so in den Gegenwind stellen, dass sie vor dem Wind kreuzen und auch bei hohem Wellengang durch Kreuzen vorankommen, dann eben nicht auf geradem Wege sondern im Zickzack, aber auch da kann man Kurs halten und ans gewünschte Ziel gelangen. Setzen wir die Segel richtig, liebe Freundinnen und Freunde der bewegten und bewegenden Erinnerungsarbeit! Glückauf!